

EU-Russland-Gipfel Zum neuen Partnerschaftsabkommen dürfte es ein langer Weg werden

Medwedew trotz dem Charme

Am EU-Russland-Gipfel in Chanty-Mansijsk ist viel von einem Neubeginn gesprochen worden – richtig spürbar war dieser aber nicht.

Christian Weisflog, Chanty-Mansijsk

Mit seinen Reden über Freiheit und Rechtsstaat hatte der neue russische Präsident Dmitrij Medwedew im Westen grosse Hoffnungen auf ein entkrampfteres Verhältnis zu Moskau geweckt. Mit Spannung wurde deshalb der gestrige EU-Russland-Gipfel im sibirischen Erdölmeckka Chanty-Mansijsk erwartet. Im Gegensatz zum Vorjahr fanden die EU-Spitzenvertreter diesmal für den Gastgeber nur lobende Worte. Ja es schien gerade so, als wollten sie einen Wetterumschwung im Verhältnis zu Moskau herbeireden. «Die Atmosphäre ist gut», betonte Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner und fügte hinzu: «Medwedew will wirklich den Weg hin zu einer rechtsstaatlichen Gesellschaft gehen.» Bei der abschliessenden Pressekonferenz stimmte auch José Manuel Barroso in den Chor ein und dankte Medwedew für die «entspannte» Stimmung.

Attacke gegen einzelne EU-Staaten

Die EU-Charmeoffensive konnte Vladimir Putins blassen Nachfolger jedoch nicht aus der Reserve locken. Selten nur ging ein Lachen über die Lippen des 42-Jährigen, der schliesslich zu einer vollkommen unmotivierten Attacke gegen einzelne EU-Staaten ansetzte. Russland beunruhigt die Tendenz, dass einige Mitglieder die europäische Solidarität als Instrument missbrauchen würden, um bilaterale Probleme mit Russland zu lösen. Damit spielte Medwedew wohl auf Polen an, das die Verhandlungen zum neuen Partnerschaftsabkommen zwischen Moskau und Brüssel wegen eines russischen

Importverbots für polnisches Fleisch lange Zeit blockiert hatte. Lettland und Estland warf der neue Kremlherr zudem vor, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges umschreiben zu wollen. In Moskau sorgte zuletzt vor allem der in Estland geführte Prozess gegen Arnold Meri – einen hoch dekorierten Rote-Armee-Offizier – für Unmut. Die estnische Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, 1949 an der Deportation von 251 Esten nach Sibirien beteiligt gewesen zu sein.

Medwedews Aussagen machen deutlich, dass er wie sein Vorgänger Mühe hat, die dunklen Seiten der sowjetischen Geschichte anzuerkennen. Der liberale Anstrich, den sich Medwedew gegeben hatte, droht abzublättern. Auf die Pressefreiheit in Russland angesprochen meinte er diese Woche in einem Interview: «Ich halte unser Fernsehen

für absolut reif, modern und interessant anzusehen.» Dass regierungskritische Persönlichkeiten praktisch vom Bildschirm verbannt sind, lässt Medwedew nicht gelten: «In jedem Land gibt es einen Haufen politischer Loser, die denken, die Medien seien nicht frei, weil sie dort nicht jeden Tag vertreten sind.»

Sehr unterschiedliche Positionen

So haben die Vertreter der EU und Russlands gestern zwar über fast alles gesprochen – von den steigenden Lebensmittelpreisen bis zum Klimawandel. Einigkeit herrschte aber praktisch nur in einer Sache: dem Beginn der Verhandlungen über das neue Partnerschaftsabkommen. Das alte war nach einer zehnjährigen Laufdauer 2007 abgelaufen und danach provisorisch und bis auf weiteres verlängert worden. Bis

zur Unterzeichnung des neuen Abkommens dürfte es jedoch ein langer Weg werden – zu unterschiedlich sind die Positionen für eine schnelle Lösung.

Die eigentlichen Probleme scheinen dabei nicht in Details, sondern in Grundsatzfragen zu liegen. Bestes Beispiel dafür ist Medwedews Vorschlag eines umfassenden europäischen Sicherheitsvertrags. Wo die Schwierigkeiten dabei liegen, deutete der slowenische Premier und derzeitige EU-Ratspräsident Janez Jansa vor den Medien an. Bei der Gründung jeder Sicherheitsorganisation müsse man sich zuerst eine Frage stellen, sagte Jansa: «Was will ich schützen?» Für Europa und die USA ist diese Antwort relativ einfach – unter anderem Demokratie und Freiheit. Im Gegensatz dazu fürchtet der Kreml vor allem um seine Macht und die Energieressourcen.



Trotz netter Worte herrscht unter ihnen noch viel Uneinigkeit: EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso (von links), Russlands Präsident Dmitrij Medwedew und der EU-Aussenbeauftragte Javier Solana. (epa)

Walfang

Buckelwale sind weiterhin geschützt

Buckelwale bleiben vorerst vor den Harpunen der Walfänger geschützt: Dänemark ist an der Tagung der Internationalen Walfangkommission (IWC) mit dem Antrag gescheitert, zehn der Wale für die Bewohner Grönlands zum Abschuss freizugeben. Bei zwei Enthaltungen hätten 36 Mitglieder gegen den Antrag gestimmt und 29 dafür, berichtete Nicolas Entrup von der Wal- und Delfinschutzorganisation WDCS am Donnerstag (Ortszeit) in Santiago de Chile. Walschützer reagierten erleichtert. Grundsätzlich ist der kommerzielle Walfang weltweit verboten, rund um die Arktis dürfen aber Ureinwohner zur Selbstversorgung eine kleine Zahl Wale erlegen. Dänemark hatte die Ausweitung dieses Subsistenzwalfangs auf Buckelwale für die Grönländer beantragt. (dpa)

Kolumbien

Uribe will Wahl wiederholen lassen

Kolumbiens Präsident Alvaro Uribe will die Präsidentenwahl von 2006 wiederholen lassen. Der Staatschef schlug dem Kongress gestern vor, dazu ein Referendum auf den Weg zu bringen und die Entscheidung in die Hände des Volkes zu legen. Zuvor hatte der Oberste Gerichtshof des Landes befunden, dass eine frühere Abgeordnete bei einer Abstimmung über eine Verfassungsänderung bestochen worden war: Mit der Reform war dem Präsidenten eine zweite Amtszeit ermöglicht worden. «Der richtige Weg ist die Demokratie», sagte Uribe nach dem Urteil im Fernsehen. Umfragen zufolge würden derzeit etwa 80 Prozent der Kolumbianer für Uribe stimmen. (reu)

Simbabwe Stichwahl trotz Rückzug Tsvangirais durchgeführt

Aus Angst vor Gewalt an die Urne

Simbawes Präsident Robert Mugabe hat sich gestern trotz weltweiter Forderungen nach einer Verschiebung der Stichwahl im Amt bestätigen lassen.

Nach dem Rückzug der Opposition fand die Stichwahl der Präsidentenwahl am Freitag ohne Gegenkandidaten statt. Aus Angst vor neuer Gewalt gegen seine Anhänger ermunterte Oppositionschef Morgan Tsvangirai die 5,9 Millionen Wahlberechtigten aber, trotz des Boykotts seiner Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC) zur Wahl zu gehen. «Riskiert euer Leben nicht», erklärte er. Wenn möglich sollten seine Anhänger der Wahl aber fernbleiben.

Die Regierung hat jedoch ein einfaches Kontrollsystem, um festzustellen, wer gewählt hat und wer nicht: Die Wähler werden nach der Wahl an einem Finger mit roter Tinte markiert. Reportern gegenüber gaben Wähler an, aus Angst vor Mugabes Schlägertrupps zur Urne gegangen zu sein. Dennoch wurde aus der Hauptstadt Harare berichtet, dass das Wählerinteresse im Vergleich zum ersten Durchgang am 29. März gering war. Staatliche Medien hatten eine massive Wahlbeteiligung vorausgesagt.

Unregelmässigkeiten gemeldet

Die Wiederwahl Mugabes galt als sicher, nachdem sich Tsvangirai zurückgezogen hatte. Der 84-Jährige zeigte sich bei der Stimmabgabe in Harare siegessicher: «Ich fühle mich gut in Form und bin sehr optimistisch.» Aus mehreren Gegenden des Landes wurden Unregelmässigkeiten gemeldet. Augenzeugen zufolge kontrollierten Beamte und Mitglieder der Mugabe-Partei Zanu-PF

in einigen Gebieten vor der Abgabe die Stimmzettel. Dagegen sagte der Sprecher der staatlichen Wahlkommission, die Wahl verlief ohne grössere Probleme. «Das ist keine Wahl. Dies ist eine Schmach, ein weiterer tragischer Tag in der Geschichte unseres Landes», erklärte dagegen Tsvangirai in einem am Freitagmorgen veröffentlichten Schreiben. «Das ist ein Ein-Mann-Rennen. Es ist null und nichtig.»

Beim ersten Wahlgang waren den offiziellen Angaben zufolge auf Tsvangirai 47,9 Prozent und auf Mugabe 43,2 Prozent der Stimmen entfallen. Nach der Wahl ging die Regierung gewaltsam gegen die Opposition vor. Am vergangenen Sonntag gab Tsvangirai seine Kandidatur auf und flüchtete einen Tag später in die niederländische Botschaft in Harare. Sein Name stand bei der Stich-

wahl dennoch auf den Wahlzetteln, da die Wahlbehörde den Rückzug nicht anerkannte. Gestern gab Tsvangirai eine Medienkonferenz in seinem Haus: «Jeder, der die Ergebnisse dieser Wahl anerkennt, verleugnet den Willen des simbawischen Volks», sagte er.

Weltweit hatte es Forderungen nach einer Verschiebung der Stichwahl gegeben. Gestern erklärte die EU-Kommission, sie werde das Ergebnis nicht anerkennen. Auch die Aussenminister der G-8-Staaten (USA, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und Deutschland) machten am Freitag im japanischen Kyoto klar, dass sie das Ergebnis nicht anerkennen wollen. US-Aussenministerin Condoleezza Rice kündigte an, dass der Uno-Sicherheitsrat demnächst über Sanktionen gegen Simbabwe beraten werde. (afp)



Angst vor Mugabes Schlägertrupps: Wähler vor einem Wahllokal in Harare. (epa)

Atomstreit

Nordkorea sprengt Kühlturm

Nordkoreas Regierung hat gestern wie angekündigt den Kühlturm des Mitte 2007 abgeschalteten Atomreaktors in Yongbyon sprengen lassen.

Nordkorea hat gestern den Kühlturm des nördlich der Hauptstadt Pjöngjang gelegenen Atomreaktors von Yongbyon gesprengt. Mit dem Schritt will die Regierung zeigen, dass sie die Vereinbarungen zum Abbau ihres Atomprogramms einhält. Der Reaktor von Yongbyon konnte Plutonium zur Herstellung von Nuklearwaffen liefern. Bereits am Donnerstag hatte die kommunistische Regierung Nordkoreas eine umfangreiche Auflistung ihres Atomwaffenprogramms an China überreicht.

Von grosser Symbolkraft

Der Turm sei am Freitagnachmittag gesprengt worden, berichtete die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua. Auf Bildern des US-Nachrichtensenders CNN war zu sehen, wie der 30 Meter hohe Turm unter einer Staubwolke zusammenbrach. Ein Vertreter des US-Aussenministeriums, der bei der Sprengung anwesend war, sagte Reportern, der Turm sei nach seiner Einschätzung «vollständig zerstört» worden. Südkoreas Präsident Lee Myung Bak nannte die Zerstörung des Turms ein Ereignis von politischer Symbolkraft. Die Sprengung stelle nur einen ersten Schritt zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien koreanischen Halbinsel dar, hiess es in einer Erklärung seines Büros in Seoul. US-Aussenministerin Condoleezza Rice zeigte sich an einem Treffen der G-8-Aussenminister in Kyoto erfreut. Sie machte aber deutlich, dass die US-Regierung Nordkorea trotzdem weiter «sehr genau» überwachen werde. Die G-8-Aussenminister betonten in einer gemeinsamen Erklärung, das Ziel müsse das Ende «aller Atomwaffen und Nuklearprogramme» in Nordkorea sein. (dpa/afp)

In Kürze

Obama spendet für Clinton

Washington. Der designierte Präsidentschaftskandidat der US-Demokraten, Barack Obama, hat seiner unterlegenen Rivalin Hillary Clinton persönlich Geld für die Begleichung ihrer Wahlkampfschulden gespendet. «Senator Obama hat mir eigenhändig einen Scheck für Hillary Clinton gegeben», sagte Clintons Kampagnenchef Terry McAuliffe dem Sender CNN nach einem privaten Treffen von Obama und Clinton. Laut einem Wahlkampfberater Obamas beläuft sich die Summe auf die gesetzlich erlaubte Höchstgrenze von 2300 Dollar. (afd)

Neues Immunitätsgesetz

Rom. Die italienische Regierung unter Silvio Berlusconi hat am Freitag ein umstrittenes Immunitätsgesetz verabschiedet. Demnach können Justizverfahren gegen hochrangige Staatsvertreter ausgesetzt werden, solange diese ihre Staatsämter ausüben. Das Gesetz war bereits im Jahr 2004 vom Parlament verabschiedet worden, dann aber vom römischen Verfassungsgericht als verfassungswidrig wieder aufgehoben worden. Jetzt versucht Berlusconi wieder, das Immunitätsgesetz im Parlament durchzubringen. (apa)

Nein zu Misstrauensantrag

Bangkok. Der umstrittene thailändische Regierungschef Samak Sundaravej hat am Freitag einen Misstrauensantrag wie erwartet unbeschadet überstanden. Seine Partei hat zusammen mit Koalitionspartnern eine deutliche Mehrheit. Ein ähnlicher Vorstoss gegen sieben seiner Minister wurde ebenfalls abgescmettert. Die Opposition hatte dem 73-Jährigen unter anderem Inkompetenz vorgeworfen. Er fungiere als Marionette des im September 2006 vom Militär gestürzten Ex-Regierungschefs Thaksin Shinawatra, hiess es. (dpa)